



20 Jahre friedliche
Revolution

**Andrang am Grenzübergang
Bornholmer Straße in Berlin in der Nacht
vom 9. zum 10. November 1989**

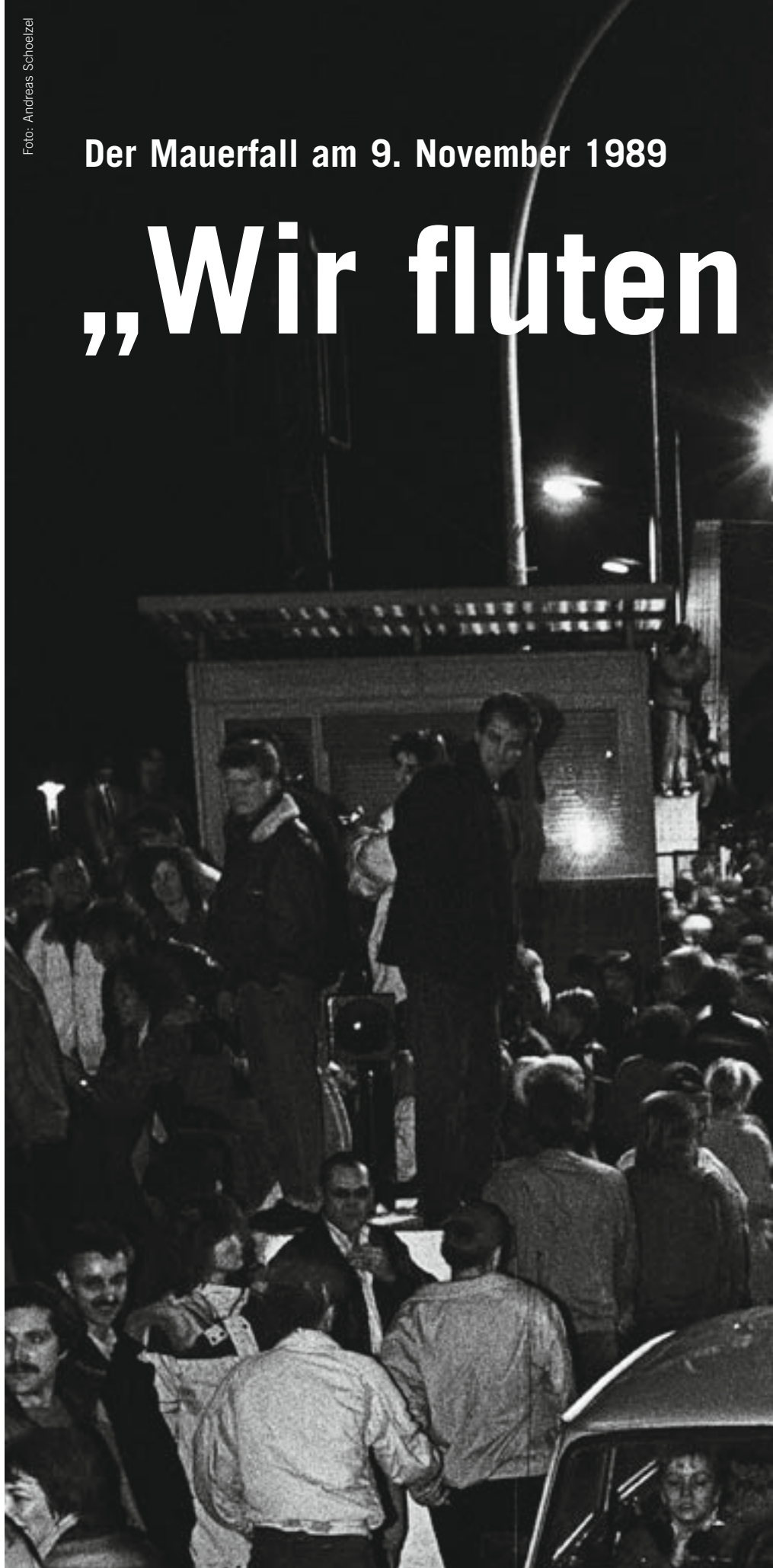
Foto: Andreas Schoelzel

Der Mauerfall am 9. November 1989

„Wir fluten“

Inhalt

- 1** Der Mauerfall am 9.11.1989
„Wir fluten jetzt“
- 6** Der Anfang vom Ende der DDR
„Demokratie wie die Luft
zum Atmen“
- 12** Das Jahr 1989
„Die Zeit steht still, die
Lebensuhren laufen“
- 16** Friedliche Revolution
„Wir sind das Volk“
- 20** Auf dem Weg zur Einheit
Die DDR wird abgewählt
- 26** Martin Böttger im Interview
„Menschen ohne Angst“
- 29** Infotipps



jetzt“

1989 – die friedliche Revolution in der DDR und der Fall der Berliner Mauer – ist eines der wichtigsten Jahre in der jüngeren deutschen Geschichte: Das Ende der zweigeteilten Welt, eine Revolution, die friedlich die SED-Herrschaft stürzte. Es ist das Jahr, in der eine junge Demokratie am Runden Tisch das Laufen lernte und die Weichen gestellt wurden für die Wiedervereinigung Deutschlands.



Wahnsinn! Das ist das Wort der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989, in der Nacht der Nächte, in der kaum einer schlafen geht. „Wahnsinn“, sagen die Menschen, als der erste Schlagbaum hochgeht, der seit 28 Jahren normale Treffen zwischen Ost und West in Berlin verhindert, „Wahnsinn“, sagen sie, als sie die Grenze, an der vor wenigen Wochen noch auf Menschen geschossen wurde, einfach passieren können, „Wahnsinn“, sagen sie bei den ersten Schritten im Westen.

Ausgelöst hat das schier Unbegreifliche Günter Schabowski, Mitglied im DDR-Führungszirkel, dem Politbüro, das es vier Wochen später nicht mehr geben wird. Der SED-Mann sieht sich heute als „Werkzeug der Geschichte“. Am 9. November hat er sich für die Pressekonferenz um 18 Uhr vorbereitet: Auf seinem Zettel steht, den Beschluss des Ministerrats erst am Ende zu erwähnen. Drei Minuten vor sieben liest er Sätze vor, die die Welt verändern und inzwischen in fast jedem Schulbuch stehen: „... haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen.“ Und „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen ... beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt.“ Auf die Frage des Journalisten

Peter Brinkmann, ab wann das gelte, sagt Schabowski: „Nach meiner Kenntnis ist das sofort, unverzüglich.“ Minuten später tickern die Agenturen Sätze wie „DDR öffnet Grenze“ (Associated Press) um die Welt. Die Abgeordneten des Bundestages singen um 21 Uhr – ohne die Abgeordneten der Grünen – das Deutschlandlied.

„Die Tore stehen offen“

Dass die Maueröffnung ein Versehen gewesen sei, ist eine Schimäre. Höchstens hat Schabowski nicht bedacht, dass seine Worte „sofort, unverzüglich“ schnell den Druck auf die Grenze verstärken. Der Text liegt auch der DDR-Nachrichtenagentur ADN vor, die ihn in den frühen Morgenstunden des 10. November senden will; nach Schabowskis Worten gibt sie die Meldung sofort auf den Draht. Das angebliche Versehen passt aber gut zur Fassungslosigkeit, mit der die Deutschen reagieren. Ostdeutsche sehnen zwar freies Reisen herbei, glauben aber, das könne nur schrittweise gelingen. Das Interesse der Westdeutschen an den Menschen und Geschehnissen auf der anderen Seite hält sich ohnehin in Grenzen. Zwar weiß jeder Abiturient einiges über Goethe und Schiller, aber wo Weimar liegt, wissen wenige. Junge Leute kennen in den 1980er-Jahren Frankreich, Italien, Großbritannien oder Spanien besser als den Ostteil Berlins, Leipzig

„Das glücklichste Volk der Welt“: Jubelempfang für Autofahrer aus der DDR am 10. November am Kurfürstendamm im Westteil Berlins



Foto: Bundesarchiv/Klaus Lehnartz

oder Rostock. Boul' Mich' (Boulevard St. Michel) in Paris oder Carnaby Street in London sind angesagt, nicht die „blutleere DDR“. Mit der Mauer aufgewachsen, halten viele Menschen

CHRONIK Friedliche Revolution



11. März 1985 Michail Gorbatschow wird zum Generalsekretär der KPdSU gewählt. Sein politischer und wirtschaftlicher Reformkurs zur Verwirklichung von „Glasnost“ (Transparenz) und „Perestroika“ (Umbau) beflügelt die Demokratiebewegungen in den Ostblockstaaten.

26. April 1986 Tschernobyl Im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl kommt es zu einem der schlimmsten nuklearen Unfälle der Geschichte. Der Unfall ist ein Aufbruchssignal für verschiedene Umwelt- und Friedensinitiativen in der DDR.



Foto: Picture-Alliance/TASS



im Westen die deutsche Einheit für eine Utopie.

Der Historiker Hans Hermann Hertle ist überzeugt: Der Fall der Mauer war nicht beabsichtigt. Für ihn spielen

die Medien mit Interpretationen und zum Teil falschen Realitätsbildern wie etwa bei Tagesthemen-Moderator Hanns Joachim Friedrichs eine entscheidende Rolle. Friedrichs spricht um 22.42

Uhr von einem historischen Tag und sagt dann: „Die Tore der Mauer stehen weit offen.“ Zu diesem Zeitpunkt stehen im Osten mehrere Hunderte noch vor geschlossenen Grenzübergängen. Bis



Foto: ullstein bild/tpg

Juni 1987 Mauerkonzerte Rockkonzerte vor dem Reichstagsgebäude sorgen für Tumulte auf der anderen Seite der Mauer. Tausende ostdeutsche Fans ziehen zum Brandenburger Tor. Als sie „Die Mauer muss weg!“ rufen, greift die Volkspolizei gewaltsam ein.

7. September 1987 Deutsch-deutscher Staatsbesuch Bundeskanzler Helmut Kohl empfängt Erich Honecker zum ersten offiziellen Staatsbesuch in Bonn mit protokollarischen Ehren. Die SED-Führung sieht darin die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland.



Foto: Picture-Alliance/Isvan Bajza

Kommentare der Weltpresse zum 9. November 1989

„Von nun an Touristenattraktion“

Le Soir (Brüssel)

Das schreckliche Symbol des Kalten Krieges in Europa bleibt (vorläufig) erhalten, aber von nun an als Touristenattraktion.

Neue AZ (Wien)

Seit Donnerstagabend ist die Mauer nicht mehr Grenze, sondern Denkmal, Mahnmal dafür, welche Deformationen eine Ideologie nach sich ziehen kann, die einst mit dem Ziel antrat, die Menschen zu befreien.

Diario 16 (Madrid)

Die Wiedervereinigung weckt Argwohn (...), das von Moskau aus mithilfe des Perestroika-Sturms in die Berliner Mauer gerissene Loch wird das Vertrauen der westlichen Großmächte erschüttern und die alte Furcht vor einem vereinigten großen Deutschland auferstehen lassen.

Jediot Acharonot (Tel Aviv)

Die Realität entwickelt sich schneller als jede Fantasie. Adieu Mauer. Mit dem Näherrücken der Demokratie wird die Flucht nachlassen, freie Wahlen in westlichem Stil werden folgen. Die

Kommunisten werden die Herrschaft verlieren und von den demokratisch-liberalen Kräften ersetzt werden. Die Deutschen könnten dann eine rasche Vereinigung vollziehen. Europa wird sich daran gewöhnen müssen, mit dieser neuen Realität samt allen Konsequenzen leben zu lernen.

Mariv (Jerusalem)

Nicht immer ist das, was für die Menschheit gut ist, auch für die Juden positiv (...). Ohne Kommunismus ist die Existenz von zwei deutschen Staaten nicht gerechtfertigt. Kaum ein Hindernis wird auf dem Weg zur Wiedervereinigung stehen. Im Herzen Europas wird wieder eine Großmacht, ein vereinigtes Deutschland, mächtig, wohlhabend und selbstbewusst, entstehen. Das reicht, um bei allen Juden ein Schaudern auszulösen.

Blick (Zürich)

40 Jahre DDR, 40 Jahre Unterdrückung. Bis gestern. Seit heute können DDR-Bürger frei in den Westen reisen. Das hässliche Band aus Be-

ton trennt Ost- und Westberlin, Ost- und Westdeutschland nicht mehr. Heute zählt nur die Freude, dass die Menschen in der DDR allein ihre Freiheit gefunden haben.

Telegraaf (Amsterdam)

Um glaubwürdig zu werden, muss der Parteiführer Krenz seine Sachen packen, muss die kommunistische Partei ihr Machtmonopol aufgeben und müssen unverzüglich freie Wahlen stattfinden.

Daily Telegraph (London)

Sollte der dramatische Abbau der Spannungen zwischen Ost und West sich fortsetzen (...), wird Macht durch wirtschaftliche, nicht verteidigungspolitische Erwägungen bestimmt. Die Dominanz Deutschlands wird dann eine unausweichliche Realität und man kann kaum davon ausgehen, dass Deutschland in der Welt keine bestimmende Kraft wird. Die zukünftige Gestalt der Europäischen Gemeinschaft ist völlig unklar.

CHRONIK Friedliche Revolution



24. November 1987 **Umweltbibliothek** Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) organisiert eine Razzia in der Umweltbibliothek in der Berliner Zionskirche. Westmedien berichten ausführlich über das Ereignis, in der DDR kommt es zu Mahnwachen für die Bibliothek.

17. Januar 1988 **Luxemburg-Demonstration** Am Rande des traditionellen Aufzugs zum Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verhaften Mitarbeiter des MfS rund 120 Menschen, die für Demokratie und gegen Berufsverbote demonstrieren.

Foto: Robert-Havermann-Gesellschaft

FREIHEIT ist immer
ROSA FREIHEIT der
LUXEMBURG
ANDERSDENKENDEN

dahin greifen Grenzsoldaten nur einige auffällig erscheinende Leute heraus und lassen sie passieren. Dabei stempeln sie das Passbild, wollen so Rückkehr ausschließen, was die Betroffenen nicht ahnen. Die Zahl der Menschen vor den Schlagbäumen steigt dennoch ständig.

DDR Franz Bertele erfährt am 7. November im DDR-Außenministerium, Fluchtfälle seien nächste Woche kein Problem mehr, die DDR werde alle, die das Land verlassen wollen, gehen lassen. Bertele wollte wissen, was er neuen Ausreisewilligen sagen soll, wenn

haben wieder einmal die Rechnung ohne sie gemacht.

Stand die Maueröffnung auf Messers Schneide? Die Grenztruppen, die DDR-Armee, die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland sind seit 10. November mittags in Gefechtsbereitschaft. Doch ein Befehl zum Einsatz wird nicht ernsthaft erwogen, im Ostteil Berlins nicht und in Moskau schon gar nicht. Die große Freude der Menschen überzeugt. Eine Motorisierte Schützendivision erhält zwar den Auftrag, im Notfall die Grenztruppen in Berlin zu verstärken, „ohne Panzer, Artillerie und schwere Technik“. Lkw stehen zum Transport der Soldaten nicht bereit. Hertle spottet: „Ohne Panzer hätten die Soldaten mit der S-Bahn nach Berlin fahren müssen.“

Am Abend des 10. November versammeln sich die Berliner zu einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus. Momper: „Wir Deutschen sind jetzt das glücklichste Volk der Welt.“ Kanzler Helmut Kohl: „Ich appelliere an die Verantwortlichen in der DDR. Verzichten Sie jetzt auf Ihr Machtmonopol!“

Wie schnell sich die Dinge ändern, erfährt Richard von Weizsäcker am 11. November am neu eröffneten Grenzübergang „Potsdamer Platz“. Auf der Ostseite nimmt der Leiter Haltung an, legt die Hand an die Mütze: „Herr Bundespräsident, ich melde: Keine besonderen Vorkommnisse.“

Die DDR-Mächtigen haben wieder einmal die Rechnung ohne die Menschen gemacht.

Die Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk und Peter Steinmetz sind überzeugt, die SED-Führung unter Egon Krenz habe die Maueröffnung unter dem Druck der Ereignisse (Massenexodus vor allem über Ungarn, allgemeine Unzufriedenheit, wirtschaftliche Ausweglosigkeit) geplant. Dafür spricht: Das SED-Politbüromitglied Günter Schabowski sagt in einem Gespräch am 29. Oktober zu Berlins Regierendem Bürgermeister Walter Momper: „Wir werden Reisefreiheit geben. Jeder kann reisen, wohin er will.“ Der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der

die seit Wochen geschlossene westdeutsche Vertretung am 13. November wieder öffnet.

Ob geplant oder ungeplant: In der Nacht des 9. November erzwingen die Menschen die Maueröffnung. „Es ist nicht mehr zu halten. Wir fluten jetzt“, meldet der nördliche Grenzübergang Bornholmer Straße. Kurz vor Mitternacht geht dort der Schlagbaum hoch. Die Menschen strömen in den Westen, mit Kind und Kegel, im Schlafanzug, den Mantel drübergezogen. Auch in allen anderen Orten hält es die Menschen nicht länger zu Hause. Die DDR-Mächtigen



Foto: Picture-Alliance/ADN

19. November 1988 Zensur In der DDR wird der Vertrieb der deutschen Ausgabe des sowjetischen Magazins „Sputnik“ eingestellt. Die DDR-Bürger erfuhren in dem Magazin mehr über die politischen Umwälzungen in der Sowjetunion als in den eigenen Medien.

19. Januar 1989 Eiserner Vorhang DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker versichert, die Mauer werde „in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind.“



Foto: ullstein bild/Sven Simon

Der Anfang vom Ende der DDR

„Demokratie wie die Luft zum Atmen“



Foto: OSTKREUZ/Harald Hauswald

Während in Moskau Michail Gorbatschow ab Mitte der 1980er-Jahre mit Glasnost und Perestroika von sich Reden macht, soll in der DDR alles beim Alten bleiben. Nur weil der Nachbar tapeziere, müsse man das nicht auch tun – das ist die Haltung der SED-Führung. Doch im Land beginnen Menschen ihren Unmut zu äußern, sie diskutieren in Kirchen, demonstrieren und halten Mahnwachen. Es ist der Probelauf für das, was 1989 folgt.

CHRONIK Friedliche Revolution



Foto: ullstein bild/Eckelt/CARO

5. Februar 1989 Opfer der Mauer DDR-Grenzsoldaten erschießen den 20-jährigen Chris Gueffroy bei dem Versuch, in den Westteil Berlins zu flüchten. Er ist der letzte durch Schüsse getötete Flüchtling aus der DDR von mehr als hundert Menschen, die seit 1961 an der Berliner Mauer starben.

26. März 1989 Wahlen in der Sowjetunion Bei den Wahlen zum ersten Volksdeputiertenkongress in der Sowjetunion werden zahlreiche reformorientierte Kandidaten gewählt – darunter auch Menschenrechtsaktivist und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow.



Foto: ullstein bild/Novosti

Als Jurastudent an der Moskauer Lomonossow-Universität erhält Michail Gorbatschow eine Postkarte seines Prager Freundes Zdenek Mlynar. Der Polizeichef persönlich, nicht der Briefträger, bringt ihm die verdächtige Karte aufs Feld zum Mähdrescher, wo Gorbatschow bei der Ernte hilft. „Alles aus dem Ausland erhält man nur über die Miliz“, erzählt er lachend seinem tschechischen Freund. Viele Jahre später publiziert Mlynar, der 1968 ein führender Kopf im „Prager Frühling“ war, diese Anekdote. Es ist das Jahr 1985, Gorbatschow ist mit 54 Jahren nach der Altherrenriege der Vorgänger KPdSU-Generalsekretär geworden. Zur neuen Nummer eins der Sowjetunion heißt es, er halte sich an Hegel: Die Wahrheit ist immer konkret.

Zwischen Weimar und Wladiwostok können das allerdings nur Privilegierte lesen. Ahnen sie, dass die Politik des Neuen in Moskau ihre Macht beenden wird? Nicht die DDR, andere greifen vorsichtig Gorbatschows Reformkurs auf: Ungarn, für DDR-Menschen „fröhlichste Baracke des sozialistischen Lagers“, Polen, das 1981/82 mit der Gewerkschaft „Solidarność“ Schritte Richtung Freiheit machte, die das Militär beendete, die Tschechoslowakei, die im „Prager Frühling“ 1968 einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ unter Alexander Dubček probte und in der sich nun Václav Havel,



Die DDR-Führung war 1989 auf vieles vorbereitet, nur nicht auf eines: Menschen, die friedlich für Reformen und Demokratie auf die Straße gingen

Petr Uhl und andere von der Charta 77 kräftiger regen. Bulgarien, Rumänien und die DDR lassen alles beim Alten.

„Die Gedanken sind frei“

Gorbatschow macht mit Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umbau) von sich Reden und meint es offenkundig ernst. Er sagt unerhörte Sätze: „Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen.“ Er geht zur Breschnew-Doktrin auf Distanz und erlaubt so jedem Land den eige-

nen Weg. Die Probleme der DDR mit Gorbatschow offenbart SED-Chefideologe Kurt Hager im „stern“-Interview, Nachdruck in der DDR-Presse: „Würden Sie, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ Da spottet der Volksmund: „Tapetenkutte“.

Im Spätsommer 1987 will der erste Mann der DDR, Erich Honecker, an den Rhein fahren. Das deutsch-deutsche Netzwerk ist mit dem Grundlagenvertrag zwischen der Bundesre-



17. April 1989 *solidarność* Die polnische Gewerkschaft „Solidarność“ wird nach jahrelanger Untergrundarbeit wieder legalisiert. Vorausgegangen waren Gespräche zwischen Gewerkschaft und der kommunistischen Führung am Runden Tisch.

7. Mai 1989 *Wahlfälschungen* Vielerorts beobachten Oppositionelle die Auszählungen bei den Kommunalwahlen. Sie stellen Abweichungen und Unregelmäßigkeiten fest, das offizielle Ergebnis von 98,85 Prozent Ja-Stimmen für die Einheitslisten entpuppt sich als Fälschung.





Foto: OSTKREUZ/Harald Hauswald

publik Deutschland und der DDR, der 1973 in Kraft trat, immer enger geworden. Als Morgengabe erlaubt die DDR erstmals einen Friedensmarsch, vorbereitet von offiziellen Stellen; Leute kirchlicher Gruppen können mit eigenen Plakaten mitmachen. Das ist neu, überall sieht man fröhliche Gesichter. Zwischen mehreren Kirchen in

Berlin organisieren Gruppen Schweigemärsche; Kerzen in der Hand gehen die Menschen von Kirche zu Kirche, leise singend „Die Gedanken sind frei“.

Angesichts des Ringens der DDR um staatliche Anerkennung ist Honeckers Besuch im deutschen Westen ein Höhepunkt seiner Laufbahn. Mit Kanzler Helmut Kohl schreitet er

eine Ehrenformation der Bundeswehr ab. Im Saarland, seiner Heimat, überrascht er mit den Worten, er könne sich die Grenze durch Deutschland so vorstellen wie die zwischen der DDR und Polen: ein Hoffnungsschimmer, denn dort wird nicht geschossen. Schüsse auf Flüchtlinge werden mehr und mehr zur schweren Hypothek der

CHRONIK **Friedliche Revolution**



Foto: U. Stein bild/Reuters

4. Juni 1989 Tian'anmen-Massaker Die Studentendemonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking werden von der chinesischen Armee blutig niedergeschlagen. Für die Demonstranten in der DDR ist 1989 die Furcht vor der „chinesischen Lösung“ stets präsent.

27. Juni 1989 Grenzöffnung Der ungarische Außenminister Gyula Horn und sein österreichischer Kollege Alois Mock zerschneiden symbolisch den Stacheldrahtzaun bei Sopron. Bereits Anfang Mai hatte Ungarn mit dem Abbau der Grenzbefestigungen zu Österreich begonnen.



Foto: AP Photo/Bernhard J. Hoizner

DDR im KSZE-Prozess, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie zeigen immer wieder das hässliche Gesicht der Diktatur.

Nach Honeckers Westvisite stürmen im November Stasileute die Umweltbibliothek, einen Treffpunkt Oppositioneller in der Berliner Zionskirche. Sie haben Hinweise, dort werde die Untergrundzeitung „Grenzfall“ gedruckt. Doch der Druck verzögert sich. Die Aktion „Falle“ der Staatssicherheit wird ein Schlag ins Wasser. Tausende Teilnehmer an Mahnwachen in Ostberlins Kirchen erzwingen die Freilassung der Verhafteten.

Zu Zusammenstößen zwischen Opposition und Staatsmacht kommt es im Januar 1988 in Berlin. Oppositionelle gedenken mit dem Zitat „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ der 1919 ermordeten Kommunistin Rosa Luxemburg. Als sie sich in den offiziellen Marsch aus Anlass ihres Todestages einreihen wollen – vorneweg die Führung der DDR –, werden mehrere Akteure festgenommen. Mahnwachen in Kirchen nützen kaum. Einige Inhaftierte lassen sich unter Drohung jahrelanger Freiheitsstrafen in den deutschen Westen oder nach England abschieben. Bärbel Bohley und andere bestehen auf Rückkehr. In den Gruppen bricht Streit aus: Hätten die Weggegangenen nicht im Gefängnis ausharren müssen? Für DDR-Normalbürger sieht die Sache

anders aus. Da tun die Oppositionellen Verbotenes und dürfen zur Belohnung in den verbotenen Westen.

Immer wichtiger wird die Rolle der evangelischen Kirche. Zu Beginn der 80er-Jahre überlässt sie das Thema Frieden nicht länger der staatlichen Propaganda. Im Jahreszyklus entstehen Veranstaltungen dazu: in Dresden im

Februar ein Gedenkgottesdienst zur Erinnerung an die Bombennacht 1945, in Berlin im Juni die „Friedenswerkstatt“ und in der ganzen DDR im November die „Friedensdekade“ – Treffen, bei denen das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ im Mittelpunkt steht und Andersdenkende Freiheit und Demokratie einüben – in der einzigen Institution, die nach parlamentarischen Regeln handelt. Die „Friedenswerkstatt“, von Friedens- und Umweltgruppen organisiert, kann man zu Recht „Freiheitswerkstatt“ nennen.

Im sächsischen Görlitz diskutiert das Kirchenparlament die „Absage an das Prinzip der Abgrenzung“. Erfurts

Propst Heino Falcke: „Die Mauer macht die Menschen krank.“ Derweil nehmen die Gruppen Moskauer Signale auf und trauen sich allmählich, den Schutzraum Kirche zu verlassen, wie die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (siehe Seite 26). Die Verhaftungen im Januar ärgern die Vikare Stephan Bickhardt und Reinhard Lampe so sehr, dass sie

„Die Mauer macht die Menschen krank.“

Heino Falcke

mit dem Aufruf „Neues Handeln“ dazu auffordern, bei den Kommunalwahlen 1989 unabhängige Kandidaten aufzustellen und die Wahlergebnisse zu kontrollieren. Im Februar beginnt die Ökumenische Versammlung „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ der christlichen Kirchen, die Missstände aufzeigt, vom im Verborgenen blühenden Rassismus bis zu Ärgernissen und Drangsalierungen der Diktatur.

Die DDR-Mächtigen gehen währenddessen immer mehr auf Distanz zu Gorbatschow und seinem Reformkurs; aus Entfremdung wird Ablehnung. Die gelenkte DDR-Presse druckt gern



19. August 1989 Massenflucht In Sopron/Ungarn kommt es zur größten Massenflucht von Bürgern der DDR seit dem Mauerbau. Mehrere hundert Menschen nutzen das „Paneuropäische Picknick“ zur Flucht über die ungarisch-österreichische Grenze.

24. August 1989 Tadeusz Mazowiecki In Polen wird der Kandidat des „Bürgerkomitees Solidarność“ Tadeusz Mazowiecki zum ersten nichtkommunistischen Regierungschef eines Warschauer-Pakt-Staates gewählt.



Friedensbewegung

Schwerter zu Pflugscharen

Das Symbol trifft die Mächtigen ins Mark. Für sie ist es „Westimport vom Klassenfeind“, „Wehrkraftzersetzung“. Der Anspruch der evangelischen Kirche, in Sachen Frieden mitzureden, stört die SED kaum. Doch als das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ unter Jugendlichen zuhauf kursiert, geht es im Land, das „Frieden und Sozialismus“ propagiert, gar nicht friedlich zu. Was unter die Leute kommt, kennen nur wenige im Westen; Menschen in der DDR drucken und verteilen es. Das Symbol beruht auf einer Bibelstelle. Der sowjetische Künstler Jewgeni Wutschetitsch schuf danach eine Bronzefigur. Als Präsent der Sowjetunion an die UNO gelangt sie 1959 in deren Garten: ein Signal der Sowjetunion, sie meine friedliche Koexistenz ernst. „Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmieden und ihre Lanzen zu Winzermessern“, heißt es beim Propheten Micha.

Ein Druckverbot umgehen die Initiatoren. Sie drucken das Symbol auf Vlies, Textildruck braucht keine Genehmigung. Wer es als Lesezeichen oder Aufnäher benutzt, wird verwarnet und muss, ist er hartnäckig, von der Schule, darf kein Abitur machen, fliegt von der Uni, bekommt keine Lehrstelle oder Betriebsverbot. Polizisten fordern auf, den Aufnäher abzutrennen. Wer sich weigert, muss aufs Revier. Das Kleidungsstück wird beschlagnahmt, erst gegen Bezahlung einer Schneiderrechnung ausgehändigt. Dennoch: Auf der ersten Friedenswerkstatt in Berlin kann man mit einer Linoldruckpresse Haut oder Hose bestempeln. Selbst der Moskauer Rundfunk rügt die SED. Die Skulptur stehe als Friedenssymbol für die außenpolitischen Ziele der

Sowjetunion und sei allerorts, vor allem bei Werktätigen, sehr populär.

Auf dem Kirchentag in Wittenberg 1983 setzt ein Schmied den Bibelspruch in die Tat um. Über tausend junge Teilnehmer begleiten die Hammerschläge mit rhythmischem Klatschen und „Ho-ho-ho“-Rufen. Pfarrer Friedrich Schorlemmer: „Das Symbol des Schwertes, das zu Pflugscharen werden soll, wird kaum noch gezeigt.“ Bis zur deutschen Einheit hält die evangelische Kirche der DDR an dem Symbol fest.



Foto: Picture-Alliance

CHRONIK

Friedliche Revolution



Foto: Andreas Schmelzer

4. September 1989 Montagsdemonstration In Leipzig findet die erste Montagsdemonstration im Anschluss an das traditionelle Friedensgebet in der Nikolaikirche statt. Es wird mehr Reisefreiheit und die Abschaffung des MfS gefordert.

19. September 1989 Neues Forum Die Oppositionsgruppe Neues Forum beantragt offiziell die Zulassung als Vereinigung. Der Antrag wird zunächst mit der Begründung der „Staatsfeindlichkeit“ abgelehnt und erst am 8. November, einen Tag vor dem Fall der Mauer, genehmigt.



Foto: ullstein bild/Wemmer

abweichende Meinungen zu ihm. Der „Sputnik“, eine sowjetische Zeitschrift mit Kritik am Stalinismus, wird in der DDR verboten. Das sowjetische Kulturhaus im Ostteil Berlins zeigt den stalinkritischen Film „Die Reue“ – die DDR kontrolliert Besucher. Jahrelange Litaneien wie „Von der Sowjetunion ler-

nen heißt siegen lernen“ sind im Herbst 1988 überholt. Die SED stürzt sich in den verbalen Zweifrontenkrieg: gegen den Klassenfeind im Westen und gegen die sowjetische Vormacht, das verschreckt Anhänger und Sympathisanten.

Demonstrationen und Mahnwachen sind der Probelauf für das, was

1989 folgt. Immer mehr beteiligen sich die Kirchen an der politischen Diskussion. Der Boden ist bereitet. Die einen kommen mit Kerzen, versammeln sich in Kirchen, die anderen zeigen die Muskeln. Dass Kerzen der DDR das Ende bereiten werden, kann sich Ende 1988 kaum jemand vorstellen.

Bluesmessen und Rockkonzerte unter dem Dach der Kirche: die Band „Freygang“ in der Berliner Zionskirche im Oktober 1987



Foto: OSTKREUZ/Harald Hauswald



Foto: ISZ Photo/Sven Simon

Spätsommer 1989 **Abstimmung mit den Füßen** Immer mehr DDR-Bürger versuchen, mit einem Sprung über den Zaun der bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau auszureisen.

Oktober 1989 **Sonderzüge** Etwa 7.600 DDR-Bürger dürfen mit Sonderzügen aus der Prager Botschaft in die Bundesrepublik ausreisen. In Dresden versuchen Tausende, auf die Züge aufzuspringen, es kommt zu schweren Auseinandersetzungen mit DDR-Sicherheitskräften.



Foto: ullstein bild/Werck



Foto: SZ Photo/AP

Das Jahr 1989

„Die Zeit steht still, die Lebensuhren laufen“

Mit einem Paukenschlag eröffnet DDR-Staatschef Erich Honecker das Jahr 1989: „Die Mauer wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben.“ Richtig Angst machen die Sätze kaum, zeugen sie doch von Realitätsverlust. Die Greise an der DDR-Spitze sind unfähig und unwillig, die Zeichen der Zeit zu erkennen.

CHRONIK Friedliche Revolution



Foto: ullstein bild/Sven Simon

7. Oktober 1989 40 Jahre DDR Mit Militärparaden wird der 40. Jahrestag der DDR-Gründung gefeiert. Währenddessen finden in mehreren Städten Demonstrationen für Meinungsfreiheit und Reformen statt, bei denen über tausend Menschen festgenommen werden.

7. Oktober 1989 Gründung der SDP Im märkischen Schwante konstituiert sich die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP). Bereits zuvor gründen sich verschiedene Oppositionsgruppen, darunter Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch und das Neue Forum.



Foto: AdasD/unbekannt

Als der KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow vom „europäischen Haus“ spricht, macht DDR-Außenminister Oskar Fischer die Mauer zu dessen tragender Wand. „Auf eine so brüchige Wand würde ich mein Haus nicht bauen. Beton bröckelt von innen, fällt einfach zusammen“, spottet Friedrich Schorlemmer, Pfarrer aus der Lutherstadt Wittenberg.

Mehltau liegt über dem Land. Die Zeit steht still, aber die Lebensuhren laufen – so hat es der Journalist und Theologe Christoph Dieckmann später beschrieben. Teilnahmslosigkeit, Gleichgültigkeit, Schweigen, Lügen, zum Teil Denunziation, von Gängelung, Repressionen nicht zu reden, kennzeichnen die Gesellschaft, in der die Oberen glauben, Friedhofsruhe sei politische Stabilität.

„Wir haben keine Angst“

Doch die Menetekel mehren sich. In Dresden fragt im Februar 1989 am Jahrestag der Bombennacht Pfarrer Harald Bretschneider öffentlich, ob die Gesellschaft für die Menschen oder die Menschen für die Gesellschaft da sind. Im Frühjahr fordern Leipziger Bürgerrechtler auf Flugblättern Meinungs- und Pressefreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Im Ostteil Berlins berichten Westkorrespondenten erstmals über die Beerdigung eines Mauertoten. Die Ausreisezahlen steigen an; montags

versammeln sich in Leipzig Hunderte Ausreisewillige in der Nikolaikirche, ziehen zum nahen Markt mit den Rufen „Wir wollen raus“, „Wir haben keine Angst“. Neue Töne auch aus den „Bruderstaaten“ des Ostblocks: In Polen bildet der Runde Tisch eine Übergangsregierung; Ungarn tritt der Genfer Flüchtlingskonvention bei und schickt Flüchtlinge nicht mehr in die DDR zurück. Umweltgruppen in der DDR prangern Waldsterben und Wasserverschmutzung an („Bitteres aus Bitterfeld“).

erwarte von der Wiege bis zur Bahre eine „Erstklässler-Mentalität“, der Bürger sei Objekt, könne kaum Eigenständigkeit entfalten – es ist ein Regierungsprogramm für ein demokratisches Land.

Am 2. Mai zeigen die Westnachrichten, wie Ungarns Soldaten an der Grenze zu Österreich Stacheldraht durchschneiden. Polen lässt die verbotene Gewerkschaft „Solidarność“ wieder zu; der Runde Tisch in Warschau beschließt freie Wahlen, mehrere Parteien, unabhängige Gerichte.

„Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf.“

Am 24. April 1989 staunen DDR-Bürger: Gorbatschow zeigt, wie man geheim wählt, zieht demonstrativ den Vorhang der Kabine zu. Bei der Wahl zum Obersten Sowjet stehen mehrere Kandidaten zur Auswahl. Nicht einmal diese Art Wahl kennt die DDR. Hier gehen Hausgemeinschaften geschlossen hin, geben offen die Stimme zur Einheitsliste ab. Ende April legt die Ökumenische Versammlung ihr Gerechtigkeitspapier vor: Die DDR

In diesem Umfeld finden am 7. Mai 1989 die Kommunalwahlen statt. Die SED will einen Akt alter Art von „Zettelfalten“; ein gefalteter Stimmzettel ist gültig, ein Kreuz nicht nötig. Das „Neue Deutschland“: Die Wahl zeige, „dem Sozialismus gehört die Zukunft“. Zukunft ist eine „Wahl“ mit 98,85 Prozent Zustimmung. Längst ahnen viele, es gehe nicht mit rechten Dingen zu. So kontrollieren Hunderte Leute kirchlicher Gruppen



Foto: ullstein bild/Reuters

Oktober 1989 „Wir sind das Volk“ Bei den größten Montagsdemonstrationen ziehen im Oktober bis zu 120.000 Menschen durch die Straßen von Leipzig. Mit Sprechchören und Transparenten prägen sie die Losungen des Herbstes 1989: „Wir sind das Volk!“ und „Keine Gewalt!“.

18. Oktober 1989 Wechsel an der SED-Spitze Egon Krenz (links, neben SED-Politbüromitglied Günter Schabowski) löst Erich Honecker als Generalsekretär der SED ab. In einer Fernsehansprache kündigt er die „Wende“ in der DDR an.



Foto: SZ Photo/AP

in Berlin, Leipzig, Rostock und anderswo Einzelergebnisse. In den Wahllokalen gibt es zehn Prozent mehr Neinstimmen als im amtlichen Ergebnis. Die DDR verliert noch ein Stück Glaubwürdigkeit.

Kampfansage an die SED

Im Sommer 1989 fällt die DDR vollends in Lethargie. Honecker wird schwer erkrankt von der Tagung der Ostblockspitzen in Bukarest ausgeflogen. Nichts wird entschieden. Alle warten auf seine Genesung. Er äußert sich bis Oktober nur am 14. August: „Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf.“

Oppositionelle nutzen die Lage, ohne zu wissen, ob die SED die chinesische Gewaltlösung anpeilt. Die Führung in Peking hatte im Juni des Jahres die Studentendemonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens blutig niedergeschlagen. Ende August wird der Gründungsauftrag der Sozialdemokratischen Partei (SDP) öffentlich: Die Gründung am 7. Oktober im Pfarrhaus zu Schwante bei Berlin ist Kampfansage an die SED. Gefordert werden Rechtsstaat und Gewaltenteilung, eine parlamentarische Demokratie, soziale Marktwirtschaft, Streikrecht und Freiheit der Gewerkschaften. In Schwante denken viele, die Stasi werde sie auf dem Heimweg „wegfangen“. Doch nichts geschieht. Mitte September

gründen sich fast gleichzeitig die Oppositionsgruppen Demokratie Jetzt (DJ) und Neues Forum. Am 1. Oktober folgt der Demokratische Aufbruch (DA). Auch in den Blockparteien gärt es, wie der „Brief aus Weimar“ vier kirchlicher CDU-Mitglieder belegt.

Kirchliche Mitarbeiter sind bei allen Neugründungen dabei, bei der SDP die Pfarrer Markus Meckel, Martin Gutzeit, Arndt Noack, bei DJ die Pfarrer Stephan Bickhardt und Reinhard Lampe, beim DA die Pfarrer Rainer Eppelmann, Friedrich Schorlemmer, Rudi Pahnke, der Erfurter Propst Heino Falcke, der Theologe Erhart Neubert und Kirchenanwalt Wolfgang Schnur. Beim Neuen Forum der kirchliche Menschenrechtsexperte Martin Böttger und der Vikar Thomas Krüger („Kirche von unten“), der bald zur SDP wechselt. Oppositionelle merken, viel kann ihnen nicht passieren, wenn sie sich organisieren. In Polen ist die unabhängige Gewerkschaft wieder da, in der ČSSR existiert die Charta 77 trotz Repressionen weiter.

Ein Loch in der Mauer

Derweil fahren Tausende in den Urlaub, suchen in Budapest, Warschau und Prag Zuflucht in westdeutschen Botschaften. DDR-Menschen hören in Ungarn auf Freunde, fahren am 19. August 1989 nach Sopron zum „Pan-europäischen Picknick“, bei dem sich

die Grenze zu Österreich öffnet. Fünf Tage später lässt Ungarns Regierung 108 Botschaftsflüchtlinge in den Westen ausfliegen. Am 10. September öffnet sie die Grenze ganz; zu Tausenden haben Menschen aus der DDR in Flüchtlingslagern des Roten Kreuzes darauf gewartet. Ein großer Stein bricht aus der Mauer. Empörte SED-Anhänger: „Für ein Linsengericht verkauft uns das Bruderland.“

Die evangelische Kirche in der DDR will „Kirche für andere, Arme, Schwache“ sein. 1989 kommen immer mehr „andere, Arme, Schwache“ zu ihr, arm und schwach an Rechten. Die Kirche wird ihr Sprachrohr. Magdeburgs Bischof Christof Demke prangert den Unterschied zwischen „veröffentlichter Wirklichkeit“ und Alltagserfahrungen an und fordert „Mut zur unbequemen Wahrheit“. Das DDR-Kirchenparlament mahnt Parteienvielfalt, Gewaltfreiheit, offene Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen, Demonstrations- und Reisefreiheit an.

Das Besondere der Revolution ist, dass in der DDR, der ČSSR, in Polen, Ungarn und Rumänien gerade Christen den Weg aus der Diktatur bereiten. So kommen Demonstranten nicht mit Steinen, sondern Kerzen. Später, nach dem Mauerfall, wird SED-Spitzenmann Horst Sindermann sagen: „Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen!“

CHRONIK Friedliche Revolution



Foto: ullstein bild/Winkler

30. Oktober 1989 Der schwarze Kanal Im DDR-Fernsehen wird die Sendung „Der schwarze Kanal“ des SED-Chefkommentators Karl-Eduard von Schnitzler nach fast 30 Jahren aus dem Programm genommen. Bei vielen DDR-Bürgern ist von Schnitzler äußerst unbeliebt.

4. November 1989 Alexanderplatz In Berlin gehen zwischen 500.000 und eine Million Menschen für demokratische Reformen und gegen das Machtmonopol der SED auf die Straße. Der Schriftsteller Stefan Heym prägt die Worte: „Es ist, als hätte jemand die Fenster aufgestoßen.“



Foto: ullstein bild/Welmer

Kommunalwahl 1989

„Nie genug vom Wahlbetrug“

Evelyn Zupke, geboren 1962 in Binz auf Rügen, hat Erfahrung mit DDR-Wahlen. Nach dem Abitur darf sie nicht studieren, geht zur Gastronomie, wird Kellnerin, Eisverkäuferin, Bufettier. Sie darf studieren, wenn sie in die SED eintritt. Sie will nicht. 1984 ist DDR-Kommunalwahl. Das „Kasperletheater“ mit „Zettelfalten“ macht sie nicht mit. Am Wahltag versucht der Chef erneut, sie umzustimmen, vergeblich. „Danach übersieht er mich. Kollegen grüßen nicht oder dürfen nicht. Kein Tag nun ohne Hygienekontrolle.“ Sie findet Arbeit bei der Kirche.

Inzwischen in Berlin trifft sie im Friedenskreis Weißensee Leute, die wie sie denken. Sie wollen beweisen, was jeder ahnt: Die DDR fälscht die Ergebnisse der Scheinwahl. Wer nicht zur Wahl geht, wird zu Hause von offiziellen Wahlhelfern besucht. Es gibt kaum Nein-Stimmen. Offizielle Ergebnisse gibt es nur für ganze Orte, nie für Stimmbezirke. Die Wahlbeobachter brauchen aus jedem Wahllokal das Ergebnis.

Zupke und der Leiter des Friedenskreises Mario Schatta organisieren das. Viele machen mit. Je zwei Beobachter sehen bei Auszählungen in 67 Weißenseer Wahllokalen zu. In der Elisabethkirche treffen sich die Zähler. Zupke verkündet unter Jubel: „Weißensee: 2.156 Nein-Stimmen.“ Tags darauf das offizielle Ergebnis: 1.011. Über die Hälfte der Stimmen werden unterschlagen. Zupke stellt Strafantrag, vergebens. Urteile wegen Wahlfälschung folgen erst nach dem Ende der DDR. Anonym als „Mündige

Bürger“ demonstrieren sie (Motto: „Nie genug vom Wahlbetrug“) am 7. jeden Monats; auch am 7. Oktober, am DDR-Gründungstag, unter Tausenden Feiern. Sie gehen schließlich zum Palast der Republik, wo die Staatsführung feiert. Polizisten drängen sie ab, schlagen weit weg brutal zu, nehmen viele fest. Zupke ist spät dran. Ein Polizist: „Gute Frau, gehen Sie nach Hause. Hier ist alles vorbei.“ Viele Demonstranten verlieren die letzte Hoffnung auf eine bessere DDR.

Demonstration gegen Wahlbetrug vor der Berliner Sophienkirche im Juni 1989



Foto: epd/Hans-Jürgen Röder



Foto: ulstein bild/imagebroker.net

9. November 1989 Mauerfall SED-Politbüromitglied Schabowski gibt auf einer live übertragenen Pressekonferenz eine neue Reiseregulation bekannt. Tausende drängen spontan zu den Grenzübergängen in Berlin. Kurz vor Mitternacht öffnen sich die Schlagbäume – die Mauer ist offen.

10. November 1989 **Schöneberger Rathaus** Bundeskanzler Helmut Kohl unterbricht seinen Besuch in Polen, um gemeinsam mit Willy Brandt vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin zu sprechen. Er fordert die SED-Führung auf, „besonnen zu bleiben und klug zu handeln.“



Foto: Bundesarchiv/Klaus Lehmann

NEUES DEUTSCHLAND



Friedliche Revolution „Wir sind das Volk!“

Als Tausende DDR-Flüchtlinge über die Botschaften in Prag und Budapest ausreisen, weint ihnen die SED-Führung „keine Träne nach“. Immer mehr Menschen zieht es auf die Straße zwischen Bangen und Hoffen auf Veränderungen. Der 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober wird zum Tanz auf dem Vulkan.

CHRONIK Friedliche Revolution



13. November 1989 **Hans Modrow** Die Volkskammer wählt in geheimer Abstimmung den als Reformkommunisten geltenden Dresdener SED-Bezirkschef Hans Modrow zum Ministerpräsidenten. Am 1. Dezember streicht das Parlament den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung.

20.–23. November 1989 **Samtene Revolution** Hunderttausende Tschechen und Slowaken gehen in der ČSSR auf die Straße. Sie fordern das Ende des Machtmonopols der Kommunistischen Partei. Nach einem Generalstreik verhandeln „Bürgerforum“ und Regierung am Runden Tisch.



Ein Schlüsseltag in diesen Wochen ist der 30. September 1989. Außenminister Hans-Dietrich Genscher spricht vom Balkon der Botschaft in Prag: „Wir sind gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise ...“ Weiter kommt er nicht, die Zuhörer, ausreisewillige DDR-Bürger, brechen in hellen Jubel aus. Am Rande der UN-Vollversammlung in New York redete Genscher mit DDR-Außenminister Oskar Fischer über die unhaltbaren Zustände in der Botschaft, in der Tausende meist junge Familien ihre Ausreise erreichen wollen. Fischer reagierte inhaltend. Genscher bat UdSSR-Außenminister Eduard Schewardnadse um Hilfe. Er hatte nur eine Frage: „Sind Kinder dabei?“ Genscher bejahte, er antwortete: „Ich helfe Ihnen.“

Bedingung für die Ausreise: Die Züge müssen durch die DDR. Die SED will wissen, wer geht. In Prag steigen die Menschen bangen Herzens ein. Zwischen Ostsee und Erzgebirge fahren Tausende nach Dresden, um in die Züge zu kommen. Dresden in Aufruhr: Polizei drängt die Menschen ab; es gibt Tumulte, Schlägereien; ziellos wandern die Leute umher, schlafen in Parks.

Am 6. Oktober beschließt die Polizei, Ausreisewilligen Papiere zu geben. Viele gehen, doch die Dresdener machen weiter. Am Abend des 8. Oktober bestimmen auf der Prager Straße eingekesselte Demonstranten 20 Leute, die mit SED-Oberbürgermeister Wolfgang

Berghofer sprechen sollen. Die „Gruppe der 20“ gibt Forderungen aus dem Kessel weiter: Pressefreiheit, Wahlfreiheit, Recht auf friedliche Demonstration, Reisefreiheit, Freilassung Inhaftierter, Dialog und Zulassung des Neuen Forums. Berghofer akzeptiert. Die Einigung wird am nächsten Abend in vier Kirchen mehr als 20.000 Zuhörern mitgeteilt.

haben es satt!“ Die Jugend verlässt das Land und oben freut man sich – sie müssten heulen!

Der Tränensatz sorgt für Honeckers Ablösung. Seine Mitstreiter wissen: Er selbst fügte den Satz ein. Sie wissen auch: Der Satz darf nicht stehen bleiben. Am 11. Oktober heißt es in einer Erklärung des Politbüros:

„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“ – der Satz motiviert zusätzlich, auf die Straße zu gehen: Schlafmütze will keiner sein.

Am 30. September hat die SED die Ausreise aus den Botschaften akzeptiert: Aus humanitären Gründen lasse man die Botschaftsbesetzer gehen. Doch in der Meldung der DDR-Nachrichtenagentur ADN steht: „Sie haben sich selbst aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Es ist ihnen keine Träne nachzuweinen.“ Nicht nur Oppositionelle oder Ausreisewillige sind empört, vielmehr SED-Genossen, Sympathisanten, Unentschlossene. Das Gefühl damals: „Jetzt reicht es! Wir

„Der Sozialismus braucht jeden. Er hat Platz und Perspektiven für alle.“ Freundliche Worte für die Ausgereisten: „Sie hatten eine Heimat, die sie brauchten und die sie selbst brauchen.“ Günter Schabowski, der mit Egon Krenz im Politbüro dafür eine Mehrheit fand, nennt die „schlappe Erklärung unseren ersten Sieg“. Der zweite gelingt am 18. Oktober. Das Politbüro stimmt über Honeckers – folgerichtige – Ablösung ab. Den 77-Jährigen hat die Zeit über-



28. November 1989 Zehn-Punkte-Plan Bundeskanzler Helmut Kohl legt im Bundestag ein „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vor, das letztendlich zur Wiedervereinigung Deutschlands führen soll.

4. Dezember 1989 Besetzung der MfS-Zentrale Aufgebrachte Demonstranten dringen in Leipzig in die „Runde Ecke“ ein, wie das Gebäude der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit genannt wird. Sie wollen die Vernichtung von Akten verhindern.



Montagsdemonstrationen

Geheime Bilder aus Leipzig

Im Herbst 1988 öffnet Aram Radomski die Wohnungstür. Vor ihm steht Sigbert Schefke. „Du bist doch Spezialist für fotografische Vervielfältigungen. Machst du mir bis morgen Einladungen?“ Für den 25-jährigen Fotografen kein Problem. Sie kennen sich nicht, Schefke ist ein unangepasster DDR-Bürger; er darf nicht außer Landes reisen. Beim zweiten Treffen offenbart er sich. „Ich suche einen Kameramann. Ich kümmere mich für die Sendung „Kontraste“ beim Sender Freies Berlin um Themen, die Westkorrespondenten verborgen bleiben oder für die sie keine Drehgenehmigung bekommen.“

Radomski denkt: Das ist es! Er hat mit der DDR eine Rechnung offen. Vor fünf Jahren saß er unschuldig im Gefängnis, angeblich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. In Plauen flirtet er mit zwei Frauen: Zwei Hünen packen ihn, verprügeln ihn, werfen ihn in ein Auto, er verliert die Besinnung, wacht in der Haft auf. Urteil: sechs Monate. Kein Zeuge wird gehört. Er sitzt bis zum letzten Tag. Aus Akten weiß er: Die Stasi woll-

te so seinen Vater, den Schriftsteller Gerd Neumann, außer Landes treiben. Zu Schefke sagt er: „Ich bin dabei!“ und denkt: Wenn es schiefgeht, sitze ich für eine gerechte Sache!

Sie fahren an heikle Orte, nach Bitterfeld zum „Silbersee“, in den das Chemiekombinat giftige Abwässer entsorgt, nach Espenhain zum Braunkohleabbau, wo Kohlestaub auf Häusern und Feldern liegt. Im Herbst 1989 schließlich ihr Bravourstück: Schefke und Radomski filmen die Leipziger Montagsdemonstrationen, stehen auf Fußgängerbrücken neben Stasileuten, grüßen „Guten Abend, Genossen“. Die Kamera läuft in der Tasche. Sie steigen auf das Hochhaus am Bahnhof, die Kamera läuft. Der Hausmeister kommt: „Hier wohnen vierzig Stasioffiziere. Macht schnell weg!“ Sie eilen zur Reformierten Kirche, bitten den Pfarrer, den Turm zu öffnen. Widerwillig gibt er ihnen den Schlüssel: „Von mir habt ihr den nicht!“

holt und er versteht es nicht. Neuer Generalsekretär der SED und damit vermeintlich starker Mann wird Egon Krenz; er verspricht eine „Wende“.

Am 7. Oktober 1949 wurde die DDR gegründet. Im Kindergarten lernen die Kleinen: „Unsere Republik hat Geburtstag. Was schenken wir ihr?“ Lust zum Schenken hat kaum einer. Versorgungsmängel werden immer größer. Von Schorlemmer stammt der Satz: „Blumen im Mai, Erdbeeren im Juni und freundliche Gaststätten machen das Leben leichter.“ Zu den verfallenden Altstädten, in denen große Teile „auf Abriss“ stehen, sagt er: „Ruinen schaffen ohne Waffen!“ Die DDR verkauft hochwertige Güter in den Westen – auch Pflastersteine für Fußgängerzonen (Volksmund: „Ach wär’ ich doch ein Pflasterstein, ich könnt schon längst im Westen sein!“). Die Menschen sind jetzt im Landesarrest; selbst in die ČSSR dürfen sie nicht mehr. Denn auch sie lässt DDR-Müde westwärts ziehen. In Plauen und anderen Städten demonstrieren Zehntausende. Endzeitstimmung.

Die SED feiert den 40. Geburtstag ziemlich allein. Es läuft wie immer ab. Fackelzug der Staatsjugend, Rufe „Unsere DDR lebe hoch“, Militärparade, festliches Bankett im Palast der Republik. Gast Michail Gorbatschow führt Gespräche mit der Staatsspitze, steht bei Kundgebungen höflich nickend neben dem umtriebigen Honecker. Was Gorbatschow der

CHRONIK Friedliche Revolution



7. Dezember 1989 Runder Tisch Erstmals treffen sich Vertreter der fünf Blockparteien und von sieben Oppositionsgruppen am „Zentralen Runden Tisch“. Es wird beschlossen, der DDR eine neue Verfassung zu geben und das Amt für Nationale Sicherheit (ehemals MfS) aufzulösen.

19. und 20. Dezember 1989 Jubel in Dresden Bundeskanzler Helmut Kohl trifft zu Gesprächen mit Ministerpräsident Hans Modrow in Dresden zusammen. Beide Regierungschefs vereinbaren Verhandlungen über eine deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft.



DDR-Führung sagt, fasst sein Sprecher so zusammen: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“ Dieser Satz motiviert zusätzlich, auf die Straße zu gehen: Schlafmütze will keiner sein.

Während die DDR-Nomenklatura im Palast wie auf einem Vulkan tanzt, spielen sich auf den Straßen erschreckende Szenen ab. Tausende Demonstranten erhalten Schläge, werden festgenommen. In Nebenstraßen stehen Lkw, die mit ihren haushohen Schilden vor der Motorhaube Hindernisse wie Barrikaden, aber auch Menschen, weg-schieben können.

Der 9. Oktober 1989 ist ein Wendepunkt. Seit Anfang September gehen Menschen in Leipzig nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche hinaus auf den Ring. Erst ein paar Hundert, doch jeden Montag mehr. Am 9. Oktober soll die Entscheidung fallen. Die Staatsmacht hat aufgerüstet. Pfarrer Christian Führer erfährt anonym, harte Maßnahmen seien zu erwarten. Krankenhäuser machen Betten frei, stellen Blutkonserven bereit. Öffentlich wird angekündigt: „Die konterrevolutionären Aktionen werden beendet, wenn es sein muss, mit der Waffe.“ Dennoch gehen 70.000 Menschen mit Kerzen in der Hand über Leipzigs Ring, rufen: „Wir sind das Volk“ – die Antwort auf die SED-Propaganda: „Alles für das Wohl des Volkes!“ 8.000 Polizisten, Stasileute und Soldaten greifen nicht ein; Befehle aus Berlin bleiben aus. Tags darauf setzt



Foto: Andreas Schröder

Am 4. November 1989 kommen fast eine Million Menschen zur größten Protestdemonstration gegen die DDR-Führung auf dem Alexanderplatz im Ostteil Berlins zusammen

die SED die Signale auf „Dialog“. Die ARD-Tagesthemen senden Bilder vom Vorabend aus Leipzig. Moderator Hanns Joachim Friedrichs: „Ein italienisches Fernsehteam, das Filmaufnahmen in Leipzig macht, stellte uns die Bilder zur Verfügung.“ Natürlich verschwie er, dass zwei Oppositionelle gefilmt hatten (siehe Kasten).

Am 4. November 1989 veranstalteten die Künstlerverbände eine Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz. Laut Schätzungen kommen fast eine Million Menschen mit selbst gefertig-

ten Transparenten und Spruchbändern. Eines sagt: „Jetzt geht es nicht mehr um Bananen, jetzt geht es um die Wurst!“ Die Organisatoren kleben an die weiße Front der Volkskammer zwei Worte: „Freie Wahlen“. Die Stimmung beschreibt Schriftsteller Stefan Heym in seiner Rede. Es sei, als habe einer „die Fenster aufgestoßen nach Jahren der geistigen, wirtschaftlichen und politischen Stagnation, nach Dumpfheit und Mief, Phrasengewäsch, bürokratischer Willkür und Blindheit.“ Fünf Tage später gehen die Türen auf.



Foto: ullstein bild/Reuters

Dezember 1989 Blutige Revolution In Rumänien kommt es zu Aufständen gegen das Ceausescu-Regime und den Staatsicherheitsdienst „Securitate“. Am 25. Dezember werden Ceausescu und seine Frau von einem Militärtribunal zum Tode verurteilt und hingerichtet.

28. und 29. Dezember 1989 Friedliche Revolution in der ČSSR Die Symbolfiguren des Prager Frühlings und der Charta 77 werden in höchste Staatsämter gewählt: Alexander Dubček wird Parlamentspräsident, der Schriftsteller Václav Havel neuer Staatspräsident.



Foto: Picture-Alliance/epa



Foto: OSTKREUZ/Harald Hauswald

Auf dem Weg zur Einheit Die DDR wird abgewählt

Nach dem Fall der Mauer ist nichts mehr so, wie es war. Die Menschen feiern ihre neue Freiheit und es ist klar: Sie werden sie sich nicht mehr nehmen lassen. Am Runden Tisch beschließen Regierung und Opposition die ersten freien Volkskammerwahlen. Nach vier Jahrzehnten der Trennung stehen die Zeichen auf eine Vereinigung Deutschlands.

CHRONIK Friedliche Revolution



Foto: SZ Photo/Hans-Peter Stiebing

15. Januar 1990 **Sturm auf die Normannenstraße** Mehr als 2.000 Demonstranten besetzen die Zentrale des ehemaligen MfS in der Berliner Normannenstraße und fordern die schnelle Auflösung des Geheimdienstes.

5. Februar 1990 **Reformkräfte** Die Volkskammer wählt acht Politiker aus oppositionellen Parteien und Gruppen in die „Regierung der Nationalen Verantwortung“. Außerdem wird die uneingeschränkte Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit in der DDR beschlossen.



Foto: Bundesarchiv/Gabriele Serift

Der Fall der Mauer verändert die Menschen in der DDR. Von einem Tag auf den andern ist die angespannte Stimmung im Land verflogen. Das Leben macht Spaß, viele sind euphorisch, seit sie jederzeit „einmal Ku'damm und zurück“ fahren können. Fast alle haben einen Scherz auf den Lippen wie der Busfahrer, der vor der Kurve sagt: „Westtüten festhalten!“ Furcht haben die, die allzusehr mit der Diktatur verhandelt sind.

Ungewohnte Töne sind aus dem Scheinparlament Volkskammer zu hören. Am 13. November wollen 50 Abgeordnete zur Lage der DDR reden, auch Stasichef Erich Mielke. Er beschreibt die Staatskrise so: „Wir haben hervorragende Informationen geliefert, die die Entwicklung so weit brachten, wie wir sie heute haben.“ Sein Satz „Ich liebe doch alle Menschen“ sorgt bei vielen Abgeordneten für Kopfschütteln – und für Gelächter. Neuer Ministerpräsident wird Dresdens SED-Chef Hans Modrow, er beruft etwa den Kirchenanwalt Lothar de Maizière ins Kabinett, der im November neuer Vorsitzender der DDR-CDU geworden ist. Modrow ist schnell konfrontiert mit dem Zentralen Runden Tisch, einem Gremium nach polnischem und ungarischem Vorbild aus alten und neuen Parteien und Gruppen der Bürgerbewegung. Der Runde Tisch versteht sich als Kontrollorgan der Regierung, verleiht ihr und dem Parlament

bis zur Neuwahl ein Stück Legitimität. Die Volkskammer streicht das in der Verfassung verankerte Machtmonopol der SED.

Runder Tisch

Der Runde Tisch legt den Termin für die erste demokratische und freie Wahl seit 1933 auf dem Gebiet der DDR fest: Es soll der 6. Mai 1990 sein. Neuen Parteien ist das zu früh, sie haben noch keinen Apparat, kaum Büros. Außerhalb Berlins trifft man sich in Privatwohnungen; kaum einer hat Telefon oder gar Telefax und Computer. Ende Januar beruft Modrow acht Vertreter der Gruppen vom Runden Tisch als Sonderminister in die Regierung. Die Wahl wird bald auf den 18. März 1990 vorgezogen.

Die Demonstrationen, vor allem in Leipzig, gehen weiter. Aus „Wir sind das Volk“ wird schon bald „Wir sind ein Volk“. Es heißt auch: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr.“ Anzeichen der Auflösung eines scheinbar ewig bestehenden Regimes mehren sich. Tausende treten aus der Staatspartei SED aus. Demonstrierende Genossen vor der Parteizentrale erzwingen einen Sonderparteitag, auf dem die Partei in SED/PDS umbenannt und der Anwalt Gregor Gysi Parteichef wird. Der Zug der Veränderung fährt immer schneller und nimmt allmählich Kurs in Richtung Einheit. Ein „dritter Weg“, ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, die weitere Existenz der DDR wird immer unwahrscheinlicher, denn „nebenan“ besteht ein funktio-

Die neuen Parteien haben keinen Apparat, kaum Büros. Kaum einer hat Telefon oder gar Telefax und Computer.



Foto: OSTKREUZ/Maurice Weiss

14. März 1990 Wahlkampf Der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs, Wolfgang Schnur, tritt nach Bekanntwerden seiner Tätigkeit für das MfS zurück. Aus dem gleichen Grund zieht sich am 1. April auch der Vorsitzende der Ost-SPD, Ibrahim Böhme, aus allen Ämtern zurück.

18. März 1990 Volkskammerwahlen Die konservative „Allianz für Deutschland“ aus CDU, DSU und DA gewinnt mit 48,15 Prozent der Stimmen. Die SPD erhält 21,88, die PDS 16,33 Prozent, die Liberalen 5,28 und Bündnis 90 2,91 Prozent. Die Wahlbeteiligung liegt bei 93,38 Prozent.



Foto: ullstein bild

Widerstand und Opposition in der DDR

Auf der Suche nach der Alternative

Die Widerstandsgeschichte in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR beginnt 1946 mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. Sozialdemokraten, die die Vereinigung ablehnen, setzen sich in die Westzonen ab oder kommen ins Zuchthaus. Bis in die 1980er-Jahre gilt „Sozialdemokratismus“ als eine große politische Verfehlung in der DDR. Auch Liberale und Christdemokraten, zunächst zugelassen und demokratisch organisiert, spüren schon bald den Druck der Staatsmacht: Wolfgang Mischnick und Hans-Dietrich Genscher fliehen,

Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Johann Baptist Gradl gehen, Arno Eschl wird hingerichtet. Bald trifft der Bannstrahl die Jungen Gemeinden. Im Osten reagieren viele Menschen mit Anpassung, Rückzug oder politischer Passivität. In der Bundesrepublik bauen die über drei Millionen Flüchtlinge aus der DDR (bis 1961) das Land entscheidend mit auf.

Am 16./17. Juni 1953 demonstrieren Arbeiter für Freiheit, Demokratie und Einheit. Der Aufstand stellt die Macht der SED infrage, bis sowjetische Panzer ihn blutig niederschlagen. Die Menschen resignieren: „Widerstand hat

nur Sinn, wenn sich in Moskau etwas ändert.“ Ereignisse wie in Ungarn 1956 und der ČSSR 1968 geben ihnen offenbar Recht. Bis zu Gorbatschow ist es noch ein langer Weg.

Der Naturwissenschaftler und Philosoph Robert Havemann macht der SED bis zu seinem Tod 1982 Ärger. Dem Sozialismus verpflichtet, einst vom NS-Regime zum Tod verurteilt, lehnt er jede Art Diktatur ab. Er wird zur Symbolfigur vieler Oppositioneller: für Jürgen Fuchs, Gerd Poppe und Martin Böttger. Trotz Hausarrests findet er Wege, im Westen zu publizieren. Mit Rainer Eppelmann formuliert er 1982 den Appell: „Frieden ohne Waffen“.

Ein Signal ist der Opfertod des Pfarrers Oskar Brüsewitz, der sich am 18. August 1976 auf dem Marktplatz in Zeitz verbrennt. „Die Kirche in der DDR klagt den Kommunismus an!“ steht auf seinem Plakat. Brüsewitz rüttelt seine Kirche auf, motiviert auch Außenstehende zum Widerstand.

Die Ausweisung des Liedermachers Wolf Biermann nach einem Konzert in Köln 1976 zeigt das endgültige Scheitern der DDR-Kulturpolitik.



Foto: ullstein bild/Lehmartz

Robert Havemann war eine Stimme der Opposition und Symbolfigur vieler Oppositioneller in der DDR

CHRONIK Friedliche Revolution



Foto: ullstein bild/ADN

12. April 1990 **Lothar de Maizière** Die Volkskammer wählt den CDU-Vorsitzenden de Maizière zum Ministerpräsidenten eines Kabinetts aus CDU, DSU, DA, der SPD und den Liberalen. Die Koalition ist sich über einen zügigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland einig.

5. Mai 1990 **Zwei-plus-Vier-Gespräche** In Bonn findet das erste Außenministertreffen der zwei deutschen Staaten und der vier Alliierten USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion zur deutschen Einheit statt.



Foto: vario images/Ulrich Baumgarten

Prominente solidarisieren sich mit Biermann. Er hat längst Auftrittsverbot, singt in Kirchen, verkauft seine Platten im Westen. Die DDR entzieht ihm „das Recht auf weiteren Aufenthalt“. Wer sich solidarisiert, spürt schnell den Druck der SED. Jurek Becker, Manfred Krug, Sarah Kirsch, Armin Müller-Stahl verlassen die DDR. Die Proteste gegen die Ausweisung geben Oppositionellen Rückenwind.

Ebenso wirkt 1977 die Verhaftung des Philosophen und SED-Mitglieds Rudolf Bahro. Sein Buch „Die Alternative“ kritisiert das politische System des Sozialismus aus marxistischer Sicht. Während der Untersuchungshaft solidarisieren sich im Westen Schriftsteller wie Heinrich Böll, Graham Greene, Arthur Miller. Nach dem Urteil (acht Jahre) nehmen ihn Schweden und Dänemarks PEN-Zentrum auf. Bahro-Kongresse zeigen die Sympathien Linker in aller Welt. Mit der Amnestie zum 30. DDR-Jahrestag kommt er 1979 frei, in der Bundesrepublik wird er Gründungsmitglied der Grünen.

nierender demokratischer Rechtsstaat. Ein Übriges tut der Zehn-Punkte-Plan, den Bundeskanzler Helmut Kohl Ende November im Bundestag vorstellt. Der Weg über eine Konföderation zur bundesstaatlichen Einheit scheint da aber noch lang zu sein. Erst der überraschwängliche Empfang in Dresden am 19. Dezember 1989 und seine Gespräche dort mit Modrow lassen Kohl im neuen Jahr alle Weichen Richtung Einheit stellen. Als DDR-Regierungschef Modrow nach einem Besuch in Moskau im Februar 1990 von „Deutschland einig Vaterland“ spricht, eine Zeile der DDR-Hymne, die wegen dieses Wortlauts in der DDR nicht mehr gesungen wird, ist klar: Gorbatschow stellt frühere Bedenken gegen die Einheit zurück. Vierzehn Tage später muss Modrow in Bonn erfahren, dass es keine Milliardenhilfe geben wird, die nicht nur er, sondern viele am Runden Tisch erhofften. Sein Kommentar: „Ich werde nicht auf Knien um einen solidarischen Beitrag bitten.“ Er erhält aber die Zusage, dass die Einheit vertraglich geregelt wird.

Im DDR-Fernsehen können die Menschen miterleben, wie die gewandelten Blockparteien, einst im Volksmund als „Blockflöten“ verspottet, am Runden Tisch auf Distanz zur SED gehen, die sich seit 4. Februar 1990 PDS nennt. Alte und neue Parteien und Gruppierungen versuchen, ihre Ausgangspositionen für die Wahl zu

verbessern. Die sachliche Streitkultur am Runden Tisch trägt wesentlich zur Demokratisierung der DDR-Gesellschaft bei.

Schon auf der ersten Sitzung empfiehlt der Runde Tisch einstimmig die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), mit den Stimmen der SED. Die einst herrschende Partei begreift, dass die Stasi als „Schild und Schwert der Partei“ das Böse des Regimes verkörpert. Die schlimmen physischen und psychischen Verletzungen haben Betroffene traumatisiert und die Bevölkerung wütend gemacht. Nicht umsonst heißt es auf den Straßen: „Stasi in die Produktion!“ Modrow beugt sich bald dem Runden Tisch und löst im neuen Jahr die Stasi auf. So kann die PDS auch die eigene Verantwortung wegschieben. Unterdessen haben Bürgerrechtsgruppen nach und nach die Zentralen des MfS in den Bezirksstädten besetzt, zuerst am 4. Dezember 1989 morgens in Erfurt, abends in Leipzig, um die Wahrheit ans Licht zu bringen. Die Berliner Zentrale ist am 15. Januar als Letzte dran. Es geht auch darum, die Akten, die das Unrecht dokumentieren, zu sichern.

Die DDR zeigt nun an ihren grauen Wänden das ungewohnt bunte Bild des Wahlkampfs. Politiker aus dem Westen schalten sich ein. Mitten im Wahlkampf wird der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs (DA), der Rostocker Anwalt Wolfgang Schnur,



Foto: ulstein bild

6. Mai 1990 Kommunalwahl In der DDR finden die ersten freien Kommunalwahlen statt. Die CDU gewinnt 34,37, die SPD 21,27, die PDS 14,59 und das liberale Wahlbündnis BFD 6,65 Prozent der Stimmen.

1. Juli 1990 Währungsunion Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion tritt in Kraft. Damit überträgt die DDR die Hoheit über die Finanz- und Geldpolitik an die Bundesrepublik, die D-Mark wird zum einzigen Zahlungsmittel in der DDR.



Foto: Picture-Alliance/Ulrich Häßler

als Stasispitzel enttarnt, wohl mit ein Grund, dass der DA, dem auch Angela Merkel angehört, am Wahltag nur 0,9 Prozent der Stimmen erhält. SPD-Spitzenmann Ibrahim Böhme fliegt eine Woche nach der Wahl als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS auf und tritt am 1. April von allen Ämtern zurück.

Die DDR wird abgewählt

Am 18. März 1990 ist die DDR abgewählt. Gewonnen hat mit 48,15 Prozent das Wahlbündnis Allianz für Deutschland aus der ehemaligen Blockpartei CDU mit Lothar de Maizière an der Spitze, mit der der CSU nahe stehenden Neugründung Deutsche Soziale Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch: (CDU 40,8, DSU 6,3 und DA 0,9 Prozent). Das Wahlbündnis hatte im Wahlkampf mit Unterstützung der westdeutschen Union unter Bundeskanzler Helmut Kohl für eine schnelle Vereinigung und eine sofortige Einführung der D-Mark geworben. Die SPD, die vor der Wahl als Wahlfavorit galt, kommt auf 21,9 Prozent, der Bund freier Demokraten auf 5,3 Prozent, Bündnis 90, die Listenvereinigung der Bürgerrechtler, die in der Mehrheit einen schnellen Weg zur Einheit ablehnt, erhält 2,9 Prozent der Stimmen. Aus der Vorhut der Revolution ist eine Nachhut geworden. Die Grüne Partei erzielte zwei Prozent und die SED-Nachfolgepartei PDS 16,4 Prozent. Fa-



Foto: Picture-Alliance/Wolfgang Weis

Die Zeichen stehen auf Wiedervereinigung: Montagsdemonstration in Leipzig im Februar 1990

zit der Wahl mit einer Beteiligung von 93,4 Prozent: Die Menschen wollen die schnelle Fahrt in Richtung Einheit.

Die neue Regierungskoalition aus Allianz für Deutschland, SPD und Liberalen unter de Maizière ist sich über eine zügige Wiedervereinigung einig: Sie muss nun ihren Beitrag für den Weg zur deutschen Einheit leisten, zunächst die Währungsunion, dann

den Einigungsvertrag aushandeln. International müssen sich die vier Alliierten aus dem Zweiten Weltkrieg USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich mit den beiden deutschen Staaten einigen – im Zwei-Plus-Vier-Vertrag. Dass dies nur noch bis zum 3. Oktober dauern wird, ahnt am Tag nach der ersten freien DDR-Wahl kaum jemand.

CHRONIK Friedliche Revolution



Foto: ullstein bild

14.–16. Juli 1990 Auf dem Weg zur Einheit Bundeskanzler Kohl trifft im Kaukasus mit Präsident Gorbatschow zu Gesprächen zusammen. Gorbatschow billigt einem vereinten Deutschland die volle Souveränität und die freie Wahl der Bündniszugehörigkeit zu.

3. Oktober 1990 Deutsche Einheit Nach vier Jahrzehnten der Teilung ist Deutschland wieder vereint. Die Bundesrepublik Deutschland erhält die volle Souveränität von den vier Alliierten des Zweiten Weltkriegs zurück.



Foto: ullstein bild/Langrock

Politische Kräfte der friedlichen Revolution

Demokratie und Menschenrechte

Vor und während der friedlichen Revolution in der DDR entstehen mehrere Gruppen und Vereinigungen. Sie alle wollen das Ende der Diktatur und haben daran ihren Anteil. Auch die vormaligen Blockparteien wandeln sich.

Die **Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)** entsteht 1985. Vordenker der ältesten Gruppe ist Gerd Poppe, der 1989 zusammen mit Marianne BIRTHLER am Runden Tisch sitzt. Die IFM nennt sich unabhängig, ist nicht unterm Kirchendach. Ihre Ziele sind Wahrung der Menschenrechte und des Friedens, Entmilitarisierung, Abbau autoritärer Strukturen, keine Verherrlichung von Gewalt. Ihre Zeitung ist der „Grenzfall“, gegen den die Stasi 1988 spektakulär vorgeht. Die IFM geht im Bündnis 90 auf.

Die **SDP-Gründung** ist Kampfansage an die SED, die sich seit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD 1946 als SPD-Nachfolgerin sieht. Die SDP widerspricht im Oktober 1989 dem SED-Wahrheits- und Machtanspruch, will Rechtsstaat und Gewaltenteilung, parlamentarische Demokratie, Streikrecht und freie Gewerkschaften, Marktwirtschaft. Gründer sind die Pfarrer Markus Meckel, Martin Gutzeit und Arndt Noack sowie Ibrahim Böhme, der Ende März als Spitzel enttarnt ist. Die SDP nennt sich Anfang 1990 in SPD um.

Demokratie jetzt (DJ) entsteht aus der Initiative „Absage an Prinzip und Praxis der Abgrenzung“, einer Absage an die Mauer. Das ist 1987 Thema der Synode der DDR-Kirche. Viele Mitglieder kommen aus kirchlichem Umfeld: Ulrike Poppe,

Wolfgang Ullmann, Hans-Jürgen Fischbeck, Konrad Weiss. Ziel ist die demokratische Umgestaltung der DDR. Auch DJ geht im Bündnis 90 auf.

Das **Neue Forum (NF)** will laut Gründungsauf Ruf „Aufbruch 89“ im September Demokratie in allen Lebensbereichen durchsetzen. Es hat schnell 200.000 Unterzeichner und 10.000 Mitglieder. 30 aktive Oppositionelle unterzeichnen als Erste, darunter Bärbel Bohley, Martin Böttger, Katja Havemann, Rolf Henrich, Sebastian Pflugbeil, Jens Reich, Reinhard Schult. Das NF will eine unabhängige politische Vereinigung, keine Partei sein. Es lehnt totalitäre Strukturen ab. Bohley gilt als „Jeanne d'Arc der Revolution“.

Demokratischer Aufbruch (DA), gegründet am 1. Oktober als Partei. Die Stasi versucht, Treffen zu verhindern. Auch im DA gibt es viele Kirchenleute, etwa Rainer Eppelmann, Friedrich Schorlemmer, Rudi Pahnke. Vorsitzender ist der Rechtsanwalt Wolfgang Schnur, im März als Stasispitzel enttarnt, sein Nachfolger wird Eppelmann. Angela Merkel ist Pressesprecherin. Als der DA sich dem konservativen Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ anschließt, gehen manche zur SPD. Zum DA kommen Leute, denen das NF zu unverbindlich ist. Der DA geht 1990 in der CDU auf.

Grüne Liga (GL) gründet sich im November als „Netzwerk ökologischer Bewegungen“ aus kirchlichen und staatlichen Umweltgruppen – in Abgrenzung zur Grünen Partei. Ein Mitbegründer ist Matthias Platzbeck, der erst zur Grünen Partei geht, später SPD-Ministerpräsident Brandenburgs wird. Die Grüne Partei (GP) gründet im November der erfahrene Umweltschützer Carlo Jordan, Ziele sind Umweltschutz, öko-



Foto: Schicker Fotodesign

logischer Umbau und Friedenssicherung. Die GP kandidiert allein zur Volkskammer, bildet dort eine Fraktion mit Bündnis 90, nennt sich 1990 „Die Grünen“.

Die **CDU-Blockpartei** rüttelt ein „Brief aus Weimar“ auf, den vier CDU-Mitglieder Thüringens mit wichtigen Positionen in der evangelischen Kirche schreiben: Ein Wahlverfahren, das den Wählerwillen ausdrückt, eine Medienpolitik, die nichts beschönigt, Strukturen, die nicht bevormunden, Reisemöglichkeiten sind Forderungen, die hinter anderen zurück bleiben, geben der CDU aber ein Stück Legitimität zurück. So wird sie später auch Heimat Oppositioneller. Parteichef Lothar de Maizière leitet einen demokratischen Kurs ein.

Der langjährige **LDPD-(Liberaldemokraten)** Chef Manfred Gerlach will auf den Reformzug aufspringen und lobt sowjetische Perestroika, Widerspruch und Querdenken. Er lehnt zwar weiterhin Opposition ab, für die Blockpartei ist das aber Signal, oppositionellen Gruppen Räume bereitzustellen. So ist Gerlach einziger Parteichef, der den Umbruch im Amt überlebt. Die LDPD tritt zur Wahl im Bund freier Demokraten an.



Mitglieder der Initiative Frieden und Menschenrechte Mitte der 1980er-Jahre in Berlin.
Hinten, in der Mitte der Kinder: Martin Böttger;
links stehend: Antje Böttger

Interview mit DDR-Bürgerrechtler Martin Böttger

„Menschen ohne Angst“

1989 ging es darum, die verratene Idee der Menschenrechte wieder aufleben lassen, sagt der Mitgründer des Neuen Forums Martin Böttger. Ein Gespräch über die Ziele der Revolution, ihre Vorbilder und über eine Führung, die nur noch staunend zusehen konnte, wie es mit ihr und der DDR zu Ende ging.

Blickpunkt SPEZIAL: Herr Böttger, Sie sind ein DDR-Bürgerrechtler. Was führte Sie in die Opposition?

Martin Böttger: Mein Weg dahin führte über die Zeit als Bausoldat. So konnte man in der DDR den Dienst mit der Waffe verweigern. Ich kam zwischen 1970 und 1972 mit Christen zusammen, die nicht nur aus Glaubens-, sondern auch aus politischen Gründen Waffendienst ablehnten. Diese Zeit war meine Schule der Opposition. 1976 lernte ich meine Frau kennen. Sie durfte kein Abitur machen: entweder kirchliche Betätigung in der Jungen Gemeinde oder Abitur. Der Preis fürs Abitur war ihr zu hoch. Sie ging zur kirchlichen Friedensbewegung in die Opposition.

Blickpunkt: 1989 waren Sie 42, also schon lange gegen die DDR aktiv. Ging das ohne Schrammen?

Böttger: Natürlich nicht, aber ich kam stets glimpflich davon. 1976, 1980, 1983 gab es eintägige Festnahmen, einmal 14 Tage Untersuchungshaft nach einer Friedensaktion.

Blickpunkt: Wie groß war Ihre Angst?

Böttger: Quelle meiner Kraft ist ein Satz aus dem Matthäus-Evangelium: „Fürchtet euch nicht vor denen, die den Leib töten und die Seele nicht töten können; fürchtet euch aber vielmehr vor dem, der Leib und Seele verderben kann in der Hölle.“ 1989 suchten die Menschen jemanden ohne Angst. Sie brauchten keine Bedenkenträger, charismatische Führer, hoffnungsvolle Rednertalente, lavierende Realpolitiker. Gefragt waren Menschen ohne Angst, die hierbleiben, das Land verändern wollten. Als Organisator des Neuen Forums im damaligen Bezirk Karl-Marx-Stadt konnte ich meine Erfahrungen aus

der Berliner Szene in die revolutionären Geschehnisse im Erzgebirge einbringen.

Blickpunkt: Was erwarteten die Menschen dort vom Neuen Forum?

Böttger: Nicht Ideen wie „Demokratischer Sozialismus“ oder „Dritter Weg“. Sie suchten Leute, die den Mund auf-taten, um die Wahrheit zu sagen. Ohne Zensur, ohne polizeiliche Verfolgung,

Ziele. Deshalb halte ich die Revolution durchaus für gelungen. Aber auch Demokratien sind verbesserungsbedürftig. So bin ich heute für Volksinitiativen, Volksbegehren, Volksentscheide auf Bundesebene; das könnte wachsende Politikverdrossenheit mindern.

Blickpunkt: Welche Vorstellungen hatten Sie, um den Staat zu verändern?

Böttger: In jenem Herbst wurde mir

„Die Revolution war wie eine Sturmflut – wer sich ihr entgegenstellte, wurde verschluckt.“

ohne Berufsverbot. Keiner von uns hatte Lust, die berufliche Karriere vom Nachbeten offizieller Lügen abhängig zu machen. Sie brauchten keine neuen Ideen, wollten eine alte, vergessene, verratene Idee wieder aufleben lassen: die Idee der Menschenrechte. Da kam ich gerade recht, der schon 1975 in Chemnitz zur Maidemonstration ein Plakat trug mit der Aufschrift „Für die Verwirklichung der Menschenrechte“.

Blickpunkt: Sie waren auch bei der kirchlich organisierten Friedenswerkstatt, Mitglied der kirchlichen Versammlung Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, sind Mitbegründer des Neuen Forums. Ist die Revolution gelungen?

Böttger: Die wichtigsten Ziele dieser Gruppen waren Frieden, Demokratie und Menschenrechte. Die Berliner Friedenswerkstatt war immer auch eine Freiheitswerkstatt. Mit dem Sturz der SED-Diktatur erreichten wir diese

klar: Dieser Staat ist nicht zu reformieren, nur zu revolutionieren. Der IM „Achim Öser“ berichtet im Oktober 1989 meine Antwort auf seine Frage, was das Neue Forum vom Sozialismus halte: Ich könne mir durchaus einen neuen Sozialismus vorstellen, einen wie in Schweden oder Österreich.

Blickpunkt: Welcher Rang kommt der Revolution in der Geschichte zu?

Böttger: Die Jahrzehnte der Zweistaatlichkeit und der kommunistischen Diktatur in der DDR sind Teil der Geschichte aller Deutschen, nicht nur der Ostdeutschen. Zurzeit scheinen sich jedoch vor allem Ostdeutsche darum zu kümmern. Das erkennt man daran, dass es im Westen kaum Erinnerungsstätten gibt und keine Außenstellen der Birtler-Behörde.

Blickpunkt: Was ist wichtiger, Freiheit oder Einheit?

Böttger: Freiheit ist mir immer wichtiger

als Einheit. Ich hielt 1990 nichts davon, Freiheit durch Einheit zu verwirklichen. Im Gegenteil: Ich wollte zuerst ein freies Ostdeutschland, das sich selbstbewusst mit dem westlichen Teil Deutschlands vereinigen sollte. Die Mehrheit sah das anders, meinte, Deutschlands Weg in die Einheit soll möglichst schnell gehen. Noch heute wird vielen Bürgerrechtlern vorgeworfen, dass sie nicht schnell genug die Einheit anstrebten. Für mich war die Geschwindigkeit der Vereinigung nicht so wichtig wie die volle Verwirklichung der Menschenrechte. Dazu gehören eine stabile, unabhängige Gerichtsbarkeit, Presse-, Vereinigungsfreiheit, Gewerkschaften und Bestrafung der Menschenrechtsverletzungen.

Blickpunkt: Andere Oppositionelle, Robert Havemann, Wolfgang Templin, waren früher SED-Mitglieder. So eine Phase durchlebten Sie nicht?

Böttger: Nein. Jeder kann und darf sich ändern. Die Kirche wirft Paulus nicht vor, dass er vorher Saulus war.

Blickpunkt: Sie und viele Mitstreiter waren damals um die vierzig, hatten Familie. Das war ein großes Risiko. Wo waren die Jüngeren in der Revolution?

Böttger: Meine Mitstreiter waren meist um die vierzig, einige in den Dreißigern, andere etwa fünfzig. Studenten waren nicht darunter. Die Generation nach uns kümmerte sich wohl mehr um die eigene Karriere oder setzte sich über Ungarn ab. Wir Eltern wollten da nicht tatenlos zusehen. So lastete die Verantwortung für Ostdeutschland auf uns.

Blickpunkt: Hatten Sie damals Vorbilder?

Böttger: Meine großen Vorbilder waren die Menschen der Charta 77, Václav Havel, Petr Uhl, Anna Sabatova – Uhl und Sabatova durfte ich persönlich kennenlernen – und natürlich die Solidarność-Aktivisten wie Adam Michnik, Jacek Kuron und Lech Wałęsa.

Blickpunkt: Welche Rolle spielten Leute im Westen?

Böttger: Einige Friedensgruppen Westeuropas unterstützten uns, jene, die uns stets zur END-Konferenz (European Nuclear Disarmament) einluden. Natürlich durfte keiner fahren. Aus Westdeutschland halfen uns auch einige Friedensgruppen, seit 1983 auch DIE GRÜNEN, vor allem Petra Kelly, Gert Bastian, Lukas Beckmann; trotz innerparteilicher Anfeindungen ließen sie nie den Kontakt abreißen.

Blickpunkt: Die DDR-Staatsicherheit hat Sie wohl geliebt, in Berlin und Zwickau?

Böttger: In Berlin war ich im Stasi-Jargon Operativer Vorgang (OV) „Diplom“. Die Akte umfasst zwölf Bände. Nach meinem Umzug im August 1989 nach Zwickau wanderte sie hierher. Gleich waren neue Inoffizielle Mitarbeiter (IM) auf mich angesetzt. Besonders eifrig erwies sich IM „Achim Öser“, der einer meiner Begleiter wurde. Seine Berichte zeigen die Stasi-Bemühungen, den Umbruch zu verhindern: Doch sie konnten nur staunend zusehen, wie es mit ihnen und der DDR zu Ende ging, wie sich die Revolution wie eine Sturmflut

ausbreitete und verschluckte, wer sich ihr entgegenstellte. Die Stasi hatte noch mehr Informationsquellen in unseren Reihen. Unter den sechs Sprechern im Bezirk waren zwei IM. Sie berichteten aus dem engsten Führungszirkel unabhängig voneinander. Sie konnten aber das Neue Forum nicht zersetzen.

Blickpunkt: Was war anders in Chemnitz als in Leipzig oder Berlin?

Böttger: In diesem bevölkerungsreichen Bezirk demonstrierten die Chemnitzer in Chemnitz – damals hieß es noch Karl-Marx-Stadt –, die anderen im Heimatort, meist in der Kreisstadt: Zwickau ist da genauso bekannt wie Freiberg, Annaberg, Mittweida, Plauen oder Oelsnitz. Also: Allen staatstragenden Kräften, von den SED-Funktionären bis zur Staatssicherheit, stand hier ziemlich schnell und zugleich das Wasser bis zum Hals. Eine solch „zersplitterte“ Entwicklung wirkte sich auf die Organisation aus. Kontaktanschriften, regionale Büros schossen in allen Kreisen wie Pilze aus dem Boden. Die meisten Mitglieder wohnten draußen im Lande. Für den Sprecherrat des Neuen Forums war das eine gewaltige Herausforderung.

Blickpunkt: Wie war der Kontakt untereinander?

Böttger: Alle Kommunikation ging zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder – seltener – mit dem Trabi. Die DDR-Post brauchte zu lange. Über die Post meldeten sich Sympathisanten, wenn sie nicht selbst kamen. Zunächst liefen alle Fäden in unserem Haus in Zwickau zusammen.

Blickpunkt: Wer machte die Logistik?

Böttger: Meine Frau hatte alle Hände voll zu tun: Kontaktadressen organisieren, Mitgliederlisten fertigen, Termine koordinieren. Der IM „Achim Öser“, ein Computerexperte, unterstützte sie. Das tat der Sache keinen Abbruch. Wäre die Revolution gescheitert, hätten wir uns dank der Listen wohl alle in Lagern wiedergefunden.

Blickpunkt: Bei der Landtagswahl in Sachsen plakatierte die NPD „Wir sind das Volk“ ...

Böttger: Eine nicht zu überbietende Dreistigkeit! Rechtsextreme gehören ganz sicher nicht zu unserer Revolution.



Foto: Andreas Thüxa

Zur Person: Martin Böttger, Jahrgang 1947, gehörte 1985 zu den Gründungsmitgliedern der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) und 1989 zu denen des Neuen Forums. Im ersten sächsischen Landtag nach der Wende war der promovierte Physiker Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Seit 2001 ist er Leiter der Außenstelle Chemnitz der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen.

Infotipps

20 Jahre friedliche Revolution in der DDR

Informationen

Chronik der Wende

Bilder, Tondokumente und Zeitzeugen der Wende – zwischen Oktober 1989 und März 1990

www.chronikderwende.de

Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur

Veranstaltungen, Dokumente und Publikationen zur Geschichte und zu den Folgen der SED-Diktatur

www.stiftung-aufarbeitung.de

Robert-Havemann-Gesellschaft

Archiv und Infos zur Geschichte der Opposition in der DDR

www.havemann-gesellschaft.de

Bundeszentrale für politische Bildung

Interaktive Dossiers zur jüngsten deutschen Geschichte

www.bpb.de/themen

Deutsches Historisches Museum

Das lebendige virtuelle Museum bietet viele Infos, Bilder und Tondokumente zur jüngsten Vergangenheit unter:

www.dhm.de/lemo

Publikationen

Die Friedliche Revolution in der DDR im Herbst 1989

von Andreas Fraude (Sonderausgabe für die Stiftung Aufarbeitung)

www.stiftung-aufarbeitung.de

Unsere Revolution

Die Geschichte der Jahre 1989/1990 – von Ehrhart Neubert

www.stiftung-aufarbeitung.de

Das Jahr 1989 – Bilder einer Zeitwende

Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums

www.dhm.de/pub/index.html

Materialien der Enquête-Kommissionen:

„Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Frankfurt a.M., 2000 und Baden-Baden, 2000.

„Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“. Hrsg. vom Deutschen Bundestag, Frankfurt a.M., 1995 und Baden-Baden, 1995.

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Bundestag,
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Chefredaktion:

Britta Hanke-Giesers
(Leiterin Referat Öffentlichkeitsarbeit),
Michael Reinold

Koordination:

Michael Reinold
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (0 30) 2 27-3 78 68
Fax: (0 30) 2 27-3 65 06
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (0 30) 6 50 00-2 20
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Geschäftsführung:

Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Redaktion:

Helmut Spörl (Leiter), Alexander Heinrich

Autor: Karl-Heinz Baum

Art Direction:

Anita Drbohlav, Ingrid Otto

Produktion:

René Hanhardt

Onlineproduktion:

Lars-Eberhard Schmidt

Lektorat:

Katleen Krause

Druck:

Druckhaus Main-Echo, Aschaffenburg

Redaktionsschluss:

21. September 2009

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag gibt es auch im Internet: www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten.

© Deutscher Bundestag, Berlin 2009
Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlwerbenden – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Infomaterial bestellen

Infomaterial und Broschüren über die Arbeit des Deutschen Bundestages sowie Flyer, Poster, CD-ROMs und DVDs können Sie per Post oder Telefon bestellen oder bequem per Mausklick auf ihren Bildschirm holen und herunterladen.

Bestellung per Post:

Deutscher Bundestag
– Referat Öffentlichkeitsarbeit –
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bestellung per Telefon oder Fax:

Telefon: (0 30) 2 27-3 20 72 und
-3 53 90
Fax: (0 30) 2 27-3 62 00

Bestellung im Internet:

PDF-Download und Onlinebestellung unter

www.bundestag.de/interakt/infomat

Dort finden Sie eine aktuelle Übersicht aller Informationen (Broschüren, CD-ROMs etc.).



Foto: OSTKREUZ/Harald Hauswald

Für einen Augenblick, so formulierte es der damalige Regierende Bürgermeister Berlins Walter Momper, sind die Deutschen das glücklichste Volk der Welt. 1989 – die friedliche Revolution in der DDR und der Fall der Berliner Mauer – ist eines der wichtigsten Jahre in der jüngeren deutschen Geschichte: Es steht für das Ende der zweigeteilten Welt und für den Mut der vielen Ostdeutschen, die für Reformen und Demokratie auf die Straße gingen und schließlich friedlich die SED-Herrschaft stürzten. Es ist das Jahr, in dem eine junge Demokratie am Runden Tisch das Laufen lernte und die Weichen gestellt wurden für die Vereinigung Deutschlands 1990. Wie kam es zu diesen Ereignissen? Wer waren die treibenden Kräfte der Wende? Und was bedeutet uns das Jahr 1989 heute – 20 Jahre danach?